

Newsletter 15

September 2020

Liebe Mitglieder im Landesverband, liebe Freundinnen und Freunde der Gemeinschaftsschule, liebe Gemeinschaftsschulinteressierte,

noch ist die Corona-Pandemie nicht überwunden. Christian Drosten rechnet mit einem Auslaufen Ende 2021. Dennoch macht es Sinn, schon jetzt darüber nachzudenken, wie die Welt danach aussehen soll. Die Pandemie hat viele Schwächen unseres Bildungssystems in den Fokus gerückt, besonders aber eine gravierende Bildungsungerechtigkeit, die nicht allein mit einer Verbesserung der digitalen Infrastruktur an den Schulen aufgehoben werden kann. Was wir jetzt brauchen, ist eine grundlegende Bildungsreform. Unser Aufruf dazu kann hier nachgelesen werden.

Ebenso sind in diesem Newsletter unsere Presseinformationen zu finden, in denen wir Position zu den administrativen Maßnahmen der Bildungsverwaltung im Umgang mit der Pandemie bezogen haben. Dr. Hans-Werner Johannsen beschreibt, was die Schulen für einen möglichst regulären Unterricht unter Corona-Bedingungen langfristig brauchen.

Für den Herbst stehen für uns noch einige große Veranstaltungen an. Zunächst findet eine Mitgliederversammlung der GGG-SH statt, die mit einem öffentlichen Vortrag von Dr. Joachim Lohmann zum Thema „Die extreme soziale Selektivität übersteht das deutsche Schulsystem nicht!“ eingeleitet wird. Im November folgen eine Bundesarbeitstagung zum Motto unseres Aufrufes „Aus der Krise lernen - die Zukunft gestalten“ und eine Mitgliederversammlung auf der Bundesebene in Göttingen.

Zu den öffentlichen Teilen laden wir Sie alle herzlich ein, unsere Mitglieder auch zu den Mitgliederversammlungen.

Dieter Zielinski
Für den Landesvorstand

IN DIESEM NEWSLETTER

Aufruf Bildungsreform	2/3
Einladung Vortrag Dr. Lohmann	4
Thesen zum Vortrag	5
Einladung MV	6
Unterricht unter Coronabedingungen	7/8
PI: Schule im Coronaregelbetrieb	9
PI: Rahmenkonzept für 20/21	10
PI: Wiederaufnahme Präsenzunterricht	11
Einladung Bundesarbeitstagung	12
Aufgeschnappt	13



TERMINE

- 28.10.2020 Mitgliederversammlung GGG-SH, GemSchule Trappenkamp
- 07.11.2020 BAT und MV GGG-Bund, Göttingen
- 28.11.2020 Bildungspolitische Runde in Kiel

Impressum: GGG-Landesverband Schleswig-Holstein
Gemeinschaftsschulverband
c/o Dieter Zielinski
Langeskovweg 11
24222 Schwentinal





Aus der Krise lernen - die Zukunft gestalten

In der Corona-Krise ist offensichtlich geworden, dass bildungspolitischer Anspruch und Schulwirklichkeit oft noch weit auseinanderklaffen. Wir wollen mit diesem Aufruf dazu beitragen, die Krise als Chance zu sehen und zum Anlass zu nehmen, unser Bildungssystem zukunftsfähig zu machen. Erforderlich ist eine grundlegende Bildungsreform.

Die Erfahrungen aus der Zeit der Schulschließungen und der Wiedereröffnung der Schulen haben uns erneut klar gemacht, dass neben wirtschaftlichem Wachstum und materiellem Erfolg zum Gelingen und insbesondere zum sozialen Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft weitere Fähigkeiten dringend erforderlich sind: u.a. im sozialemotionalen Bereich, in Bezug auf Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und kulturelle Bildung.

Besonders wichtig ist uns dabei, dass in der Schule der Zukunft Partizipation auch als Beteiligung an Entscheidungen über eigenes Lernen im Vordergrund steht. Dazu müssen Schülerinnen und Schüler vom Eintritt in die Schule bis zum Verlassen des Systems Zeiten und Freiräume haben. Sie brauchen Unterstützung, Bestärkung und Erfahrung beim Verfolgen eigener Lernwege und Lernideen. Das stärkt ihre Selbstwirksamkeit und ihre Resilienz. Dabei muss nicht alles neu erfunden werden. Es gilt, vorhandene Schätze in den Schulen zu heben und die vielfältigen Erfahrungen zwischen den Schulen auszutauschen.

Die entscheidenden Fragestellungen lauten:

Was können und sollen junge Menschen in der Schule wirklich lernen?

Was ist essentiell für einen solidarischen Umgang miteinander, für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur, für ein erfülltes, gelingendes Leben als selbstbestimmtes Mitglied einer demokratischen Gesellschaft?

Wie muss ein den Menschenrechten verpflichtetes und einer demokratischen Gesellschaft angemessenes Schulsystem aussehen?

Zurzeit ist noch offen, wann die Krise überwunden wird und wieder ein normaler Schulbetrieb möglich sein wird.

Wir verzichten hier darauf, konkrete Übergangsszenarien zu beschreiben, weil dafür gute Anregungen von der Friedrich-Ebert-Stiftung ([Schule in Zeiten der Pandemie – Empfehlungen für die Gestaltung des Schuljahres 2020/21](#)), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ([Leitlinien: Kurz- und langfristige Perspektiven für den Umgang mit der Corona-Pandemie im Schulbereich](#)) vorliegen.

Die Petition „[Güterabwägung in der Krise](#)“ an den Bundestag, die Hans Brügelmann u.a. auf den Weg gebracht haben, wird von der GGG als Erstunterzeichnerin unterstützt.

Kernforderungen der GGG

Wir müssen über Versäumtes und falsch gesetzte Prioritäten in der Bildungspolitik nachdenken und durch bewusstes Aufarbeiten schließlich ein (neues) Verständnis von Bildung und Lernen in den schulischen Alltag aller Schulen integrieren. Die erforderlichen Veränderungen sind nur in der einen gemeinsamen Schule für alle realisierbar. Eine Schule für alle sieht Heterogenität und Andersartigkeit von Menschen nicht als Belastung, sondern als Potential auf dem Weg einer Gesellschaft der Vielfalt und Teilhabe aller. Lehreraus- und fortbildung müssen Lehrkräfte darin befähigen und dabei unterstützen, die Verschiedenheit von Kindern annehmen zu können, produktiv wirksam werden zu lassen und allen Schülerinnen und Schülern erfolgreiche Lernprozesse zu ermöglichen. Eine solche Umsteuerung erfordert Vertrauen, gegenseitige Wertschätzung, Offenheit und Respekt zwischen allen beteiligten Gruppen in Schule und Bildungspolitik. Begonnen werden muss damit sofort, wohl wissend, dass der erforderliche Paradigmenwechsel Zeit braucht.

Deshalb fordern wir zu einer grundlegenden Bildungsreform auf.

Unser Aufruf richtet sich an alle, die in Bund und Ländern bildungspolitische Verantwortung tragen. Darüber hinaus sprechen wir diejenigen an, die von den Entscheidungen zum Bildungssystem direkt betroffen sind aber auch jene, die in Bildungsverwaltung, Verbänden und Initiativen die Entscheidungsfindungen begleiten.

Wir fordern als GGG eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft der Schule und Bildung und werden uns daran aktiv beteiligen.

Für den Bundesvorstand
Gerd-Ulrich Franz
Vorsitzender
Im August 2020

KONTAKT



Geschäftsstelle

Huckarder Str. 12
44147 Dortmund
fon 0231 58694727

geschaeftsstelle@ggg-web.de
www.ggg-web.de

Wir freuen uns, in diesem Jahr **Dr. Joachim Lohmann** für den öffentlichen Teil unserer Mitgliederversammlung als Referenten gewonnen zu haben. Joachim Lohmann war einer der ersten Bundesvorsitzenden der GGG und tritt seitdem vehement für die gemeinsame Schule für alle ein. Thema des Vortrages, an den sich eine Diskussion anschließen soll, wird sein:

„Die extreme soziale Selektivität übersteht das deutsche Schulsystem nicht!“

Ort: Richard-Hallmann-Schule, Gablonzer Str. 42, 24610 Trappenkamp

Termin: Mittwoch, 28.10.2020

15 Thesen von Joachim Lohmann zum Vortrag:

1. Innerhalb der OECD ist der soziale Aufstieg nirgends so gering wie in Deutschland – von der Türkei abgesehen.
2. Im PISA-Vergleich diskriminiert das deutsche Schulwesen die schwächeren als auch die sozialbenachteiligten Schüler*innen so extrem wie kaum ein anderes Land.
3. Die unterschiedliche soziale Schülerdiskriminierung zwischen den Staaten hängt statistisch äußerst eng mit dem Schulsystem zusammen. Das Bestimmtheitsmaß des Zusammenhanges zwischen sozialer Leistungsdiskriminierung und dem Alter schulischer Trennung beträgt 40 %, das der Anzahl der Schulformen, in die die Schüler*innen aufgeteilt werden, fast 30 %.
4. Dieser enge Zusammenhang ist in Deutschland weder gesellschaftlich noch siedlungsgeografisch begründet, noch liegt er an sonstigen schulischen Faktoren wie geringen Ressourcen, freier Schulwahl oder am Privatschulwesen. Grund für die soziale Selektivität ist das selektive, hierarchische Schulsystem.
5. Der Missstand des drei- bzw. zweigliedrigen Hierarchiesystems gegenüber einem integrierten System lässt sich nicht durch Verbesserungen des bestehenden Systems reparieren – weder durch den Ausbau der Kita und der Ganztagschule noch durch mehr Ressourcen oder durch finanzielle ‘Ungleichbehandlung des Ungleichen’ (der benachteiligten Schulen)..
6. Das überwiegend historisch entstandene hierarchisch-selektive Schulsystem ist im Ausland zumeist aufgehoben worden.
7. In Deutschland ist es nicht überwunden, doch erheblich reformiert worden. Die starke Zersplitterung in Schulformen, in konfessionelle und geschlechtergetrennte Schulen ist weitgehend behoben worden, die Übergänge wurden liberalisiert und die Bildungsgänge durchlässiger. Das exklusive Gymnasium wurde die meistbesuchte Schulform.

8. Das Hierarchiesystem in Deutschland löst sich auf. Haupt- wie Realschulen existieren nur noch in 5 der 16 Bundesländer. Die Hauptschule beschult in 4 der verbliebenen 5 Länder höchstens noch 10 % der Achtklässler. Der Besuch beider Schulformen sinkt weiter ab.

9. In dem zweigliedrigen Hierarchiesystem der östlichen Flächenländer geht seit diesem Jahrzehnt der Schüleranteil bei den Schulen mit mehreren Bildungsgängen leicht zurück.

10. In den 3 Stadtstaaten, dem Saarland, in Schleswig-Holstein und in abgeschwächter Form in Rheinland-Pfalz bestehen nur noch Schulen des gemeinsamen Lernens und die Gymnasien. Früher bestehende öffentliche Konkurrenzen zwischen Schul- und Hochschularten wurden in Deutschland überwunden, die schwächer angesehenen Bildungsstätten wurden aufgewertet und integriert. Aber auch das bestehende Konkurrenzsystem zwischen Gemeinschaftsschule und Gymnasium ist auf Grund der Diskriminierung der Gemeinschaftsschule bei der sozialen, ethnischen und sonderpädagogischen Schülerzusammensetzung und des gymnasialen Ansehens nicht von Dauer.

11. Antreiber für die Durchsetzung der gemeinsamen Schule für alle werden sein:

- ein stetig steigender Bildungswille der Eltern,

- Analysen und Gutachten internationaler Organisationen wie OECD und UNESCO sowie der Forschungsinstitute,
- Schulleiter, Lehrkräfte sowie möglicherweise auch Eltern und Schüler*innen der nicht-gymnasialen Schulformen,
- der Qualifikationsbedarf der Wirtschaft im Widerspruch zu deren Interesse an der privatwirtschaftlich dominierten dualen Berufsausbildung sowie
- an sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität orientierte Mitglieder in sozialen, pädagogischen, gewerkschaftlichen Organisationen und Parteien.

12. Strategien hin zur gemeinsamen Schule für alle sind einerseits die Aufwertung der Gemeinschaftsschule und andererseits die Egalisierung der Bildung durch eine 13-jährige allgemeine und eine Hochschulausbildung für möglichst alle.

13. Die Ziele sind möglich, an fehlender Begabung liegt es nicht, aber an sozialen Benachteiligungen. Andere Länder führen bereits 70 % der Jugendlichen zum Hochschulabschluss, Deutschlands Bildungswesen dagegen diskriminiert Bildungsaspirationen wie fast kein anderes Land.

14. Zu Schritten der Aufwertung der Gemeinschaftsschule zählen ein gemeinsamer Bildungsgang mit einem einheitlichen mittleren Abschluss (Sek I-Abschluss), sukzessive Öffnung der Oberstufe für alle, Reform der Oberstufe und ein gestuftes Abitur im eigenen Takt.

15. Nicht die gemeinsame Schule für alle ist unreal, unreal ist die Resignation.

Einladung zur Mitgliederversammlung 2020

des Landesverbandes der GGG Schleswig-Holstein
Gemeinschaftsschulverband

**Richard-Hallmann-Schule
Gablonzer Str. 42
24610 Trappenkamp**

Termin: Mittwoch, 28.10.2020

Beginn: 17.00 Uhr

1. Begrüßung

2. Öffentlicher Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema:

„Die extreme soziale Selektivität übersteht das deutsche Schulsystem nicht!“

(Dr. Joachim Lohmann)



3. Durchführung der Tagesordnung der Mitgliederversammlung (ab 18.15 bis 20.15):

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung

TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 4: Genehmigung des Protokolls der MV vom 5.9.2018

TOP 5: Rechenschaftsbericht des Vorstandes

TOP 6: Bericht der Kassenprüfer

TOP 7: Entlastung des Vorstandes

TOP 8: Wahl eines neuen Vorstandes:

Vorsitzende(r),

stellvertretende(r) Vorsitzende(r),

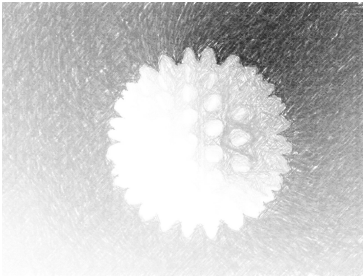
Beisitzer(innen),

Kassenwart,

Kassenprüfer

TOP 8: Diskussion und Verabschiedung von Anträgen

TOP 9: Verschiedenes



Anmerkungen zu: Was die Schulen für einen möglichst regulären Unterricht unter Corona-Bedingungen langfristig brauchen

Begrüßenswert ist, dass der Bildungs-Ausschuss in Schleswig-Holstein bei der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) auch den Blick auf die langfristigen investiven Kosten für die Schulträger (SchulG §111) mit aufnimmt. Der Bezug zu den durch die Corona-Krise hinzukommenden zusätzlichen Belastungen ist folgerichtig, notwendig und wird zumindest in Teilen berücksichtigt. Auszugehen ist davon, dass das Corona-Virus u.U. eine langfristige Belastung für den gewohnten Schulbetrieb darstellt.

Die Erziehungswissenschaft hat während der Corona-Monate nahezu einhellig festgestellt, dass die soziale Schere zwischen den privilegierten und den bildungsferneren Schichten zugenommen hat. Das bedeutet für letztere eine stärkere Bildungsbenachteiligung. Gerade sie sind auf die direkte persönliche Unterstützung durch die Lehrkräfte angewiesen, weil sie seltener häusliche Unterstützung erfahren. Der „Fern-Unterricht“ zuhause mit digitalen Medien ist für die Kinder und Jugendlichen aus bildungsferneren Schichten problematisch. Sie verfügen seltener über einen Internet-Anschluss und haben auch nicht die erforderlichen Endgeräte.

Die während der Corona-Krise laufenden Kosten für Hilfsmittel werden die Schuletats erheblich belasten und wohl noch einige Jahre notwendig bleiben. Die Hoffnung der Landesregierung, eine Öffnung der Schulen im Regelbetrieb schon im nächsten Schuljahr vorzusehen (Präsenzunterricht in festen Kohorten), scheint angesichts der bestehenden Probleme verfrüht, voreilig und wenig verantwortungsbewusst. Ob die Spitzabrechnung des investiven Anteils der Schulkostenbeiträge, wie in der Änderung des Schulgesetzes in Paragraph 111 vorgesehen, dazu führen wird, dass ärmere oder überforderte Schulträger zukünftig ihre maroden Schulgebäude besser pflegen und auf eigene Kosten sanieren werden, ist reine Zukunftsmusik.

Was die Mindestanforderungen bezüglich der Raumausstattung in Corona-Zeiten betrifft, wäre es wünschenswert, wenn zumindest bei Neubauten eine Abkehr vom schulischen „Fabrikmodell“ in Betracht gezogen wird. Die digitale Wissensgesellschaft braucht eine andere „Grammatik“ der Schule, die auf möglichst selbstorganisiertes Lernen in einer „Schule ohne Wände“ größeren Wert legt. Als erfolgreiches Modell für die neue Lernkultur haben sich sogenannte „Lernhäuser“ („googeln“!) herausgestellt, wie es sie z.B. in Skandinavien seit Jahrzehnten gibt. Diese Umstellung wird mit sehr hohen investiven Kosten verbunden sein. Von daher sollten Schulen mit mehreren Bildungsgängen bei der baulichen Erweiterung gegenüber solchen mit nur einem Bildungsgang bevorzugt werden.

Grundsätzlich sollten aber auch alle bereits vorhandenen Schulgebäude so umstrukturiert werden, dass feste (Jahrgangs-)Teams aus Schüler*innen und Lehrkräften entstehen, die in einem nur ihnen zustehenden Schultrakt arbeiten. Hier sind bei der Umstellung von Altbauten Kreativität sowie die Einbeziehung von Schulbau-Architekten unerlässlich.

Alle Klassen-, Fach- und Gruppenräume sollten neben dem obligatorischen Waschbecken auch fest installierte Seifenspender und Spender mit Desinfektionsmitteln aufweisen. Die Schulflure sollten in Corona-Zeiten so eingerichtet werden, dass ein „Gegenverkehr“ vermieden wird. Voraussetzung für den flächendeckenden Einsatz digitaler Medien ist eine Netzinfrastruktur „bis ins letzte Haus“. Vor allem im ländlichen Raum wie in SH hat die Schülerbeförderung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Von daher sind Masken zu tragen.

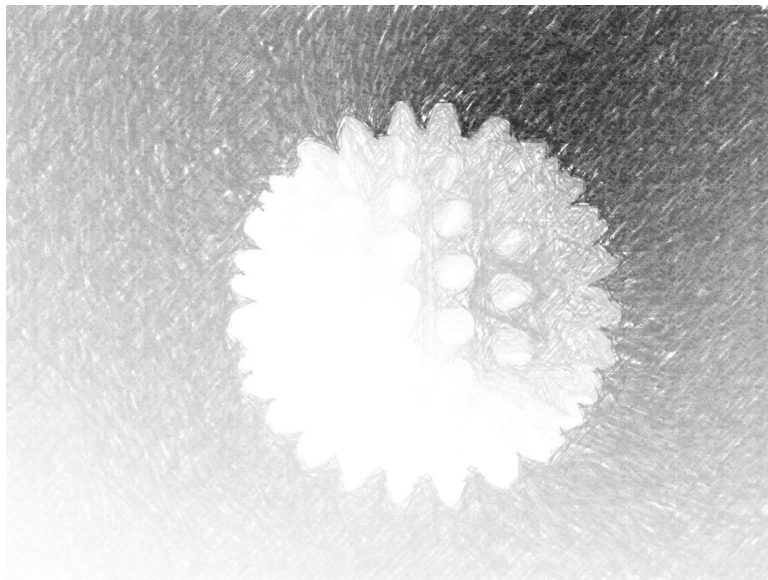
Sollte es wieder zu einem Regelbetrieb an den Schulen kommen, wird es notwendig sein, eine Maskenpflicht zu erlassen. Dabei sollten von der Schule zu stellende Visier-Masken als Schutz ausreichen. Visier-Masken („face-shields“) sind nicht ganz so sicher wie Stoffmasken mit ihrem eng anliegenden Mund-Nasen-Schutz, haben allerdings einige besondere Vorteile: Sie verhindern zum großen Teil das Ausbreiten von Tröpfchen beim Sprechen, beziehen auch die Augenpartie mit ein, stärken das Bewusstsein für Maßnahmen wie für „social distancing“, bieten die pädagogisch wichtige volle Gesichtsmimik, können mehrfach getragen sowie vor Ort desinfiziert werden und sind bequemer. Allerdings bieten die Visier-Masken keinen Schutz in bereits „verseuchten“ Räumen oder vor schon infizierten Personen. Diese Visier-Masken sollten auch auf dem Schulweg und eventuell in den Pausen getragen werden.

Über eine nachhaltige Entlastung des Lehrpersonals muss ebenfalls nachgedacht werden. Dabei ist sicherzustellen, dass sich die Lehrkräfte auf den Kern ihrer Arbeit konzentrieren können, den Unterricht. Eine recht große Belastung für die Lehrkräfte ist nach deren Aussagen die Pausenaufsicht, die von pädagogischen Hilfskräften übernommen werden sollte.

Nur ein umsichtiges Handeln aller für Schule Verantwortlichen wird dazu beitragen, der Corona-Krise einigermaßen verträglich zu begegnen. Diese Überlegungen sind unter der Prämisse geschrieben worden, dass es jederzeit zu einer sogenannten „zweiten Welle“ oder weiteren kommen kann und die Schulen dann möglichst darauf vorbereitet sind.

Dr. Hans-Werner Johannsen

Aufgeschrieben zwischen dem 3.7. und dem 19.7.2020





Presseinformation: Schule zwischen Normalität und Ausnahmezustand - der Coronaregelbetrieb beginnt

Nach den Sommerferien treffen wir uns wieder, dann ist alles wie früher und der Spuk endlich vorbei!

Das haben wir Ende Juni wohl alle gehofft und viele auch wirklich geglaubt. Nun lehrt uns die Realität etwas ganz Anderes. Die Infektionszahlen steigen, Ausgangsbeschränkungen werden regional verschärft, verpflichtende Coronatests sind da, sogar das Gespenst eines neuen Lockdowns taucht auf.

In dieser Situation der Verunsicherung öffnen die Schulen. Alle Schülerinnen und Schüler sollen im Klassenverband Präsenzunterricht nach der vorgesehenen Stundentafel erhalten. Abstandsregeln gelten nicht, Maskenpflicht – von der Ministerin zwar dringend empfohlen - liegt im Ermessen der einzelnen Schulen, Hygienekonzepte müssen vorliegen.

Ist das die Prämisse: Augen zu und durch? Mal sehen, was geschieht?

Es steht völlig außer Frage, dass die Kinder und Jugendlichen wieder Präsenzunterricht erhalten und ihre Sozialkontakte haben müssen. Auch die Eltern können den Zustand des Homeschooling nicht auf Dauer aushalten.

Doch darf das Wünschenswerte nicht dem Erforderlichen geopfert werden. So ist es unbedingt erforderlich, den Schutz der Menschen in der Schule an erste Stelle zu setzen. Das Tragen von Masken und das Einhalten von Abstandsregeln darf in der Schule nicht tabuisiert werden.

Stundentafeln, Fachanforderungen und Leistungsnachweise können und dürfen nicht über der Gesundheit der Menschen stehen.

Es wird auch in der Schule Infektionsausbrüche geben, Lehrkräfte werden ausfallen, Distanzunterricht wird Präsenzunterricht ersetzen müssen. Wissenslücken aus der Zeit der Schulschließungen müssen kompensiert werden. Darauf müssen wir uns einstellen.

Wir alle mussten lernen umzudenken, das muss auch das Bildungsministerium tun.

Klare und einfache Regeln sowie ein gewisses Maß an Flexibilität sind in dieser Lage unabdingbar. Vor allem muss das Ministerium die beteiligten Gruppen wie Eltern-, Schüler- und Lehrervertretungen sowie die Schulleitungen viel früher an der Entscheidungsfindung beteiligen, denn das sind die unmittelbar Betroffenen!

Christa von Rein

Für den Landesvorstand der GGG-SH

5.8.2020



Presseinformation zur Vorstellung des Rahmenkonzeptes für das Schuljahr 2020/21 durch die Bildungsministerin

Unter falschen Schwerpunktsetzungen wird die Quadratur des Kreises versucht

Schon die Bezeichnung des Konzeptes „Ein Schuljahr im Corona-Regel-Betrieb“ weist darauf hin, wie problematisch das Unterfangen ist. In Coronazeiten kann es keinen Regelbetrieb geben.

Wir sehen sehr wohl, dass die von der wissenschaftlichen Beratung unterstützte und auch in der KMK abgestimmte weitgehende Öffnung der Schulen nach den Sommerferien unumgänglich ist.

Genau so richtig ist, dass die Schulen Orientierungen und Rahmenbedingungen benötigen.

Tatsache ist aber auch, dass niemand die Augen davor verschließen sollte, dass das Schuljahr 2020/21 kein normales Schuljahr werden wird. Wir haben den Eindruck, dass das Besondere der Situation und auch die bisher in der Corona-Krise gemachten Erfahrungen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

KMK-Vorgaben, einseitige Orientierungen an Abschlussprüfungen und Rahmenvorgaben wie die uneingeschränkte Erfüllung der Fachanforderungen hätten zumindest vorübergehend in Frage gestellt werden müssen.

Unter den im Konzept erfolgten Vorgaben halten wir für unerfüllbar:

- Die herkunftsbedingte Benachteiligung zu mildern bzw. zu verhindern. Dabei sehen wir diese Herausforderung nach den Erfahrungen der Corona-Krise als vorrangig an!
- Dass unsere Schülerinnen und Schüler die in den Fachanforderungen formulierten und in den Abschlüssen erwarteten Kompetenzen uneingeschränkt erreichen.
- Die Umsetzbarkeit der Kohortenregelung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten mit dem übergeordneten Ziel, das Infektionsrisiko zu begrenzen sowie die Ansteckungsrate niedrig zu halten.
- Die vielen zusätzlichen, teilweise nicht unerheblichen und herausfordernden Aufgaben für Schulleitungen und Lehrkräfte in der Erwartung, dass ansonsten alles möglichst normal weiter laufen soll.

Die Regelungen sind so vorgesehen, dass die Last der Verantwortung für die Umsetzung weitgehend bei den Schulen liegt. Damit dürften sich viele Schulen allein gelassen fühlen.

Positiv hervorzuheben ist die Absicht, 10 Mio. Euro der Coronahilfen zur Unterstützung der Schulen zur Verfügung zu stellen. Allerdings ist das viel zu wenig, der Bedarf ist wesentlich größer!

Dieter Zielinski

24.6.2020



Presseinformation zur Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts in Zeiten einer Pandemie – was jetzt zu bedenken ist

Es darf nicht nur um Prüfungen, Zensuren, Abstände und Desinfektionsvorschriften gehen – es geht um Menschen

Am 16. März wurden in Schleswig-Holstein die Schulen geschlossen, um die Ausbreitung des Corona Virus' einzudämmen. Inzwischen wurde mit den Abschlussprüfungen begonnen und einzelne Schülerinnen und Schüler aus ausgewählten Jahrgängen stundenweise wieder in die Schule gerufen. Die allermeisten jedoch erleben seit über 8 Wochen eine Zeit des Homeschoolings und des individualisierten Lernens mit digitalen Medien und der Unterstützung der Eltern, sofern beides möglich war und ist. Es hat sich gezeigt, dass diese Ersatzform des Unterrichts vor allem für Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Elternhäusern wenig wirkungsvoll gewesen ist.

Ab dem 01.06.2020 sollen alle Jahrgänge wieder in die Schulen kommen. Es wird weiterhin die Abstands- und Desinfektionsregelungen geben. Das reicht aber nicht aus. Der Weg zur Schule, das Betreten des Gebäudes, die Pausen, das Wechseln der Klassen – und Fachräume sind so zu gestalten, dass Infektionen weitgehend ausgeschlossen werden können.

Umgegangen werden muss mit der Sorge von Eltern, dass das Virus über die Schule in die Familien gelangt, dass ihre Kinder gefährdet werden.

Reagiert werden muss auf die Sorge der Lehrkräfte, sich in der Schule zu infizieren und das Virus in die eigene Familie zu tragen. Eltern, Schülerinnen und Schüler und auch Lehrkräfte können selbst zur Risikogruppe gehören oder nahe Verwandte haben, die dazu zählen.

Es ist sicherlich richtig, die Schulen nach und nach wieder zu öffnen, denn sie sind nicht nur ein Ort des Lernens und Arbeitens, sondern auch ein Ort des sozialen Miteinanders und nicht zuletzt deshalb für die Jugendlichen eminent wichtig. Mit der vom Bildungsministerium vorgegebenen Konzentration auf die Kernfächer ist dies nicht erfüllbar.

Dabei dürfen die Verantwortlichen nicht außer Acht lassen, unter welchem Druck alle an Schule Beteiligten durch die neuen Regelungen und Anforderungen geraten.

Schulleitungen haben einen Betrieb zu planen und zu verantworten, der der Quadratur des Kreises nahe kommt: mit einer Anzahl reduzierter Lehrkräfte in Räumen, die für Lernen in Distanz nicht ausgelegt sind, Jugendliche so viel wie möglich zu beschulen, die gerade nach der langen Phase der Isolierung soziale Kontakte suchen und brauchen.

Lehrkräfte müssen digitalen und extrem individualisierten Unterricht gewährleisten, wozu weder die erforderlichen Mittel noch die erforderliche Zeit zur Verfügung stehen.

Eltern mussten wochenlanges Homeschooling begleiten, was sicherlich manche an die Grenze der Belastbarkeit brachte. Auf der einen Seite erwarten sie, dass wieder mehr Normalität einzieht, aber auf der anderen erleben sie einen Schulalltag, der weit entfernt von jeder Regelmäßigkeit weiter hohe Anforderungen an die Organisation ihres Alltagslebens stellt.

Nur mit Augenmaß und einem großen Maß an Verständnis und Freiräumen wird es gelingen, Schule in diesen Zeiten wieder hochzufahren.

Christa von Rein

Für den Landesvorstand
28.5.2020

GGG Bundesarbeitstagung 2020

Aus der Krise lernen - die Zukunft gestalten

Sonnabend, 07. November 2020, 10.00 - 13.00 Uhr



*Georg-Christoph-Lichtenberg-
Gesamtschule
Schulweg 22
D-37083 Göttingen
Tel: +49 0551 400 5134*

KARTE

WEBSITE

Einladung zur Bundesarbeitstagung 2020 Aus der Krise lernen - die Zukunft gestalten

Die Corona-Pandemie hat die Arbeit in den Schulen schwer erschüttert. Viele Landesverbände haben mit ihren Stellungnahmen konkrete Entscheidungen der Bildungsverwaltung angemahnt bzw. kritisiert. Es bedarf einer bundesweiten Antwort auf die offensichtliche Schieflage unseres Bildungssystems insgesamt, eklatant vor allem durch soziale Benachteiligung, falsche Prioritäten und ungenügende Ausstattung. Der Bundesvorstand hat hierzu einen Aufruf formuliert und beabsichtigt, 10 Impulse für eine konkrete Bildungsreform nach Diskussion im Hauptausschuss Ende September auf der Website zu veröffentlichen.

Eingeladen sind zu dieser Tagung die KMK-Präsidentin, Frau Dr. Stefanie Hubig, sowie die bildungspolitischen Sprecher*innen der Bundestagsparteien. Wir wollen erfahren und diskutieren, wie die KMK, wie die Bundesparteien zu der im Aufruf geforderten Reform stehen und wie wir als GGG diese voranbringen wollen.

Wir treffen uns in der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule, Schulweg 22, Göttingen-Geismar, die schon seit 40 Jahren, von der KMK auf eine Ausnahmeliste gesetzt, eine weiterführende pädagogische Praxis realisiert. Sie ist damit Beispiel und passender Hintergrund für die noch immer ausstehende Reform für das Schulwesen insgesamt.

Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnahme, erhellende Informationen durch unsere Gäste und intensive, weiterführende Diskussionen bei der Tagung.

Einen Teilnehmerbeitrag erheben wir nicht, bitten jedoch, sich zur Tagung über das Anmeldemodul auf der Website www.ggg-web.de anzumelden. Damit erfüllen wir die Corona-Vorgaben, die wir natürlich auch bei der Durchführung der Tagung vor Ort berücksichtigen werden. Sie erhalten eine Rückantwort falls die TN-Zahlen die beschränkenden Vorgaben übersteigen sollten.

GERD-ULRICH FRANZ
Vorsitzender

Anmeldungen über die Webseite der GGG: www.ggg-web.de

Wie wird die Welt nach Corona aussehen?

„Sie wird eine andere sein.

Wie sie sein wird, das haben wir selbst in der Hand.

Ich verstehe jeden Wunsch nach Rückkehr zum Alltag, den habe ich auch. Aber das muss nicht heißen: einfach zurück in die alte Spur!

Es kann, wenn wir uns bemühen, eine bessere Normalität werden: mit wieder erstarakter Wirtschaft, aber mehr Rücksicht aufeinander, mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit.

Eine Normalität mit weniger Hass und Häme, aber einem ehrlichen Austausch von Argumenten und mehr Engagement fürs gemeinsame Ganze!“

(aus einem Interview mit Frank-Walter Steinmeier, geführt vom Redaktionsnetzwerk Deutschland, veröffentlicht in den Kieler Nachrichten vom 5.9.2020)

Frank-Walter Steinmeier: „nicht einfach zurück in die alte Spur“

